

Der 20. Juli und die Bundeswehr

Die Haltung zum 20. Juli wurde für die Streitkräfte zur Kardinalfrage für ihr Verhältnis zur eigenen Tradition **VON ULRICH SCHLIE**



Seit 1994 ist der Bendler-Block, der Ort des Attentates, Sitz des Bundesverteidigungsministeriums. Hier wird jedes Jahr durch die Bundeswehr den Attentätern gedacht. Foto: dpa

Militärische Tradition hilft den Soldaten bei der Bestimmung ihres Berufs- und Selbstverständnisses. Sie dient der Selbstvergewisserung, ordnet ihr Handeln in den größeren Zusammenhang der Geschichte ein, gibt Orientierung für militärisches Führen und Handeln. Die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert hat es in ihrem Verlauf denjenigen, die sich für soldatisches Dienen als Beruf entschieden haben, nicht einfach gemacht. Der Missbrauch des Soldatenethos, die Pervertierung des Staates und die Missachtung des Völkerrechts in der Zeit des Nationalsozialismus bildeten nach der politischen, militärischen und moralischen Niederlage des Zweiten Weltkriegs eine schwere Hypothek und beeinträchtigten das Bild des Soldaten. Der 20. Juli 1944, Tag des Staatsstreichs und Attentats auf Adolf Hitler durch eine Gruppe von Gleichgesinnten um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg, war in Deutschland eine nationale Tragödie. Er war und ist indes zugleich ein europäisches Ereignis, weil er als Fanal weit über seine Zeit hinausreicht. Der 20. Juli war eine nationale Tragödie, weil Staatsstreich und Attentat gescheitert sind. Danach hat es noch fast zehn qualvolle Monate gedauert, bis das Hitlerregime fiel und der Krieg in Europa ausgekämpft war. Allein im Zeitraum zwischen dem 20. Juli 1944 und dem 8. Mai 1945, dem Kriegsende in Europa, haben genauso viele Menschen mit ihrem Leben für den Wahn von Hitlers rassenideologischem Vernichtungskrieg bezahlt wie in allen Kriegsjahren zuvor zusammen-

genommen. Für die Bundesrepublik hat der 20. Juli eine hohe Bedeutung. Dies hat sich in einer Reihe von staatstragenden Würdigungen niedergeschlagen. Bundespräsident Theodor Heuss hatte mit seiner Rede am 19. Juli 1954 im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin den Ton gesetzt und vom „Vermächtnis“ gesprochen, „das durch das stolze Sterben dem Leben der Nation geschenkt wurde“. Die Geschichte des deutschen Widerstands handelt von inneren Kämpfen, vom Ringen mit dem Gewissen, von Anstand und Ehre, von Mut und Zivilcourage. Aber wirklich tief ins öffentliche Bewusstsein ist sie bis heute nicht gedrungen. Stauffenbergs Tat war indes nur möglich, weil ein verschwiegener Kreis gleichgesinnter Freunde, Militärs und Zivilpersonen zusammenwirkten, in mühevoller Vorbereitungsarbeit einander verbunden und entschlossen, dem nationalsozialistischen Unheilregime ein Ende zu setzen. Von vornherein war der 20. Juli auch als symbolisches Handeln angelegt, denn die Verschwörer konnten nicht damit rechnen, Erfolg zu haben; sie konnten nur darauf hoffen.

In der Bundeswehr ist die Erinnerung an den 20. Juli von Anfang an präsent gewesen. Nicht allen ist es dabei leicht gefallen, den militärischen Widerstand gegen Hitler auf angemessene Weise ins Traditionsverständnis einzubeziehen. Jede Auseinandersetzung über Tradition in den Streitkräften muss den Wandel des gesellschaftlichen Verständnisses von der Rolle des Soldatischen berücksichtigen. Sie erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund des spezifischen

Verlaufs der jeweiligen Nationalgeschichte. Die immer engere internationale Verflechtung der Verteidigungspolitik der Nationen führt indes dazu, dass sich durch die gemeinsamen Erfahrungen in den Auslandseinsätzen im Rahmen der friedenssichernden und friedensschaffenden Missionen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Nordatlantischen Allianz und durch die damit verbundene täglich erlebte Wirklichkeit internationale Standards in den integrierten Stäben und militärischen Kommandobehörden des Bündnisses herausbilden. In der deutschen Bundeswehr bestimmen die Herausforderung der Auslandseinsätze immer stärker das berufliche Selbstverständnis. Gleichwohl hat die Internationalisierung nicht zugleich auch zu Anpassungen an das Traditionsverständnis der Allianzpartner geführt. Die Einsicht etwa, dass Tradition auch heute unersetzbar für das Selbstverständnis von Streitkräften ist, würde in Großbritannien, den Vereinigten Staaten oder Frankreich Verwunderung auslösen, da dies dort als Selbstverständlichkeit betrachtet wird. In Deutschland ist diese Einsicht hingegen weniger weit verbreitet, und das hat vor allem mit dem schwierigen Verhältnis der Deutschen zum Militärischen als Konsequenz der Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu tun.

Bei der Traditionspflege sind ganz besonders Einheitsführer und Kommandeure gefordert. Denn sie stellen sicher, dass Soldatinnen und Soldaten sich hinreichend mit der deutschen und europäischen Geschichte befassen und ihr Bewusstsein dafür

schärfen, welche Ereignisse und Persönlichkeiten beispielgebend auch und gerade für Streitkräfte in der Demokratie sein können. Was aber ist „richtiges“ Traditionsverständnis? Es geht um die treffende Auswahl, und es geht um moralische Richtungsentscheidungen. Können wir aber mit unseren Maßstäben von heute weiter zurückliegende Ereignisse bewerten, also sie auf eine frühere Zeit übertragen? Verrät sich hier nicht ein eklektisches Geschichtsverständnis? Und wer stellt sicher, daß wir im Heute über den richtigen Kompass verfügen, der uns dazu berechtigt, die richtige Unterscheidung zu treffen?

Für die Bundeswehr war die Haltung zum 20. Juli die Kardinalfrage, an der das Verhältnis zur eigenen Tradition gespiegelt werden konnte. Die Bundeswehr musste von Anfang an mit dem Grundproblem leben, dass sie von Soldaten der Wehrmacht aufgebaut wurde. Gleichwohl bestand seit der Begründung der Bundeswehr Einvernehmen darüber, dass die Wehrmacht nicht traditionsbildend sein könne. Für die Entwicklung der Haltung der Bundeswehr zum 20. Juli darf es wohl als Glücksfall gewertet werden, dass bei ihrer Begründung maßgebliche Offiziere aus dem Umkreis des 20. Juli eine Rolle gespielt haben. Bereits der in Vorläuferorganisation, der „Zentrale für den Heimatdienst“, waren mit Major a.D. Axel von dem Busche, Oberst a.D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Major a.D. Achim Oster und Generalmajor a.D. Hans Speidel vier Angehörige des 20. Juli vertreten. Der vom Deutschen Bundestag im Sommer 1955 eingesetzte Personalgutachterausschuss hatte die Bewertung des 20. Juli 1944 zutreffend und in weiser Vorausschau als den „Prüfstein für eine sorgfältige Auswahl des Führerkorps aller Ebenen“ identifiziert. Bereits 1956 wurde die einstige NS-Ordensburg Sonthofen in Generaloberst-Ludwig-Beck-Kaserne umbenannt. Der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, General Adolf Heusinger, stellte dann in seinem Tagesbefehl zum 20. Juli 1959 unmissverständlich klar, dass der 20. Juli 1944 ein Lichtpunkt in der dunkelsten Zeit Deutschlands gewesen sei.

Die Diskussion um „Eid und Verrat“ hat gerade in den Anfangsjahren der Bundeswehr eine große Rolle gespielt, und die damals im deutschen Volk noch weit verbreitete Sichtweise Stauffenbergs als Verräter hat auch in der Bundeswehr ihre Anhänger gefunden. Die kontroverse Diskussion über den Eid, wie sie dann im „Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten“ schließlich in die Wiederaufnahme aller bisherigen Ei-

dinhalte mündete, war auch dem Ziel geschuldet, eine rechtliche Gleichstellung zwischen Soldaten und Beamten zu erwirken. Der Grundsatz des „gewissenhaften Gehorsams“ und die Innere Führung mit ihrer Bindung des soldatischen Dienens an die Normen und Werte des Grundgesetzes setzten einen engen Rahmen, dessen Einhaltung von Deutschem Bundestag und öffentlicher Meinung aufs Genaueste, und bisweilen auch unerbittlich, geachtet wurde. Die Werteordnung des Grundgesetzes bildet damit den Rahmen, in dem Traditionspflege vertieft, ja überhaupt erst entstehen kann, und sie macht deutlich, dass die Bundeswehr eine Armee in der Demokratie ist, eine Neuschöpfung, keine Fortsetzung der Wehrmacht. Denn erst die Gewissheit, dass sich die Streitkräfte auf eine funktionierende Ordnung, auf ein demokratisches Gemeinwesen verlassen können, ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass sich Bindung, Vertrauen und auch demokratische Grundsätze nach Innen entfalten können.

Seit 1994 ist der Bendlerblock, der Ort des Staatsstreichs, Berliner Amtssitz des deutschen Bundesministeriums der Verteidigung. Mit dem feierlichen Gelöbnis am 20. Juli vor dem Reichstag und mit einer Vielzahl würdiger Veranstaltungen ist heute die Erinnerung an den 20. Juli fest im Bewusstsein der Bundeswehr verankert, und auch der Umstand, dass einer der Söhne des Attentäters, Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, bereits 1956 in die Bundeswehr eintrat und bis zu seinem Ausscheiden als Generalmajor im Jahr 1994 in ihr diente, ist vor dem Hintergrund des Bekenntnisses der deutschen Streitkräfte zum Vermächtnis des 20. Juli nicht hoch genug einzuschätzen.

Staatsstreich und Attentat vom 20. Juli 1944 sind eine permanente Anfrage an Politik, Wissenschaft und Bildungsarbeit zugleich: Jeder von uns ist angesprochen, und es sind unbequeme Fragen, die an uns gerichtet werden: Wie hätten wir uns damals verhalten? Wo sehen wir heute beiseite, ohne dass uns dafür Konsequenzen drohen würden? Wie tragen wir zum nationalen und europäischen Zusammenhalt bei? Wieviel Kraft verwenden wir für die Bewahrung unserer Demokratie? Wachsamkeit, Maßstäbe, demokratische Überzeugungen können dabei helfen, diese schleichenden Prozesse frühzeitig zu erkennen.

Der Autor ist Henry Kissinger Professor for Security and Strategic Studies an der Universität Bonn, er veröffentlichte 2018 „Claus Graf Schenk von Stauffenberg“ (Herder).

Gendern als Haltung: Der Krieg der Sternchen

ZEITENWENDE
WENDEZEITEN
75
1948
2023



VON RUDOLF GEHRIG

Liebe Leser*innen, wenn Ihr Name Harald Schmidt ist, dann werden Sie diesen Text vermutlich nicht zu Ende lesen. Die Late-Night-Ikone sagte vor etwa zwei Jahren in einem Fernsehinterview: „Einen Text mit Gendersternchen lese ich nicht.“ Schmidt hat damit vielen Leuten aus der Seele gesprochen. Einer Umfrage

zufolge, die der WDR letztes Jahr in Auftrag gegeben hat, lehnt die Mehrheit der Deutschen das Gendern ab. Das betrifft nicht nur den berühmten Genderstern, sondern auch den Gender-Doppelpunkt („Leser:innen“), das Binnen-I („LeserInnen“) und den / die / das Gender-Gap („Leser_innen“). Die Befürworter (ich verwende hier das generische Maskulinum, also Fackeln und Mistgabeln bitte wieder einpacken) argumentieren, dass durch diesen kosmetischen Eingriff der Leser für eine spürbare Berücksichtigung der Frauen in unserer Alltagssprache sensibilisiert wird. Das Hauptargument der Gegner: Es nervt einfach. Der deutschen Sprache würde damit Gewalt angetan, nur um mit ein wenig Symbolpolitik den Eindruck zu vermitteln, man würde sich für Frauen einsetzen, ohne die tatsächlichen Probleme

anzugehen, wie dass zum Beispiel in manchen Berufen trotz gleicher Qualifikation Frauen und Männer noch unterschiedlich bezahlt werden. Und so hat sich das sogenannte „Gendern“ in Deutschland zur Gretchenfrage entwickelt. Vor allem der jüngeren Generation sei das Gendern wichtig, betont die WDR-Studie. Man kann vereinzelt Teenager dabei beobachten, wie diese mit heiligem Ernst innehalten, um selbst in Alltagsgesprächen das Gender-Gap einfließen zu lassen, wenn sie von ihren „Mitschüler_innen“ erzählen. Aus dem heiligen Ernst wird sogar schnell der heilige Zorn, wenn sogenannte „alte, weiße Männer“ wie Nationalheld Rudi Völlner (62) ankündigen, weiterhin nicht gendern zu wollen. Er komme aus der Gebrüder-Grimm-Stadt Hanau und werde mit „voller Überzeugung“ an der alten Schreibweise fest-

halten, so der Direktor der deutschen Fußballnationalmannschaft in einem Interview vor wenigen Monaten. Interessante Ansage von einem Mann, den man schon zu seiner aktiven Zeit als Fußballer liebevoll mit dem geschlechtsspezifischen Spitznamen „Tante Käthe“ betitelte. Unverhoffte Unterstützung bekam Völlner dann vor wenigen Tagen vom Rat für deutsche Rechtschreibung. Dieser hatte nach einer Sitzung beschlossen – die Mitglieder des Rats kommen aus insgesamt sieben deutschsprachigen Ländern und Regionen –, dass die „Wortbinnenzeichen“ wie das Gendersternchen oder der Gender-Doppelpunkt „nicht zum Kernbestand der deutschen Orthographie“ gehören. In der Ergänzung für das Amtliche Regelwerk der Rechtschreibung begründet der Rat diese Entscheidung auch damit, dass diese Zeichen „in verschiedenen Fäl-

len zu grammatischen Folgeproblemen führen, die noch nicht geklärt sind“. Verschiedene Medienhäuser hatten nach dieser Meldung angekündigt, dennoch weiterhin zu gendern, da die „Haltung“ im Zweifelsfalle höher zu bewerten sei als der Lesekomfort. Aus einer ursprünglich semantischen Frage wird also nun eine politische. Da lohnt es sich, hin und wieder auf „alte, weiße Männer“ wie „Tante Käthe“ zu hören. Im selben Interview, in dem Rudi Völlner über das Gendern sprach, sagte er auch: „Früher hat man sich ein Fußballspiel oder eine politische Sendung angeschaut und hatte eine Meinung, ob es gut war oder schlecht. Heute müssen viele erst in den sozialen Netzwerken nachschauen, wie die Grundstimmung ist. Und erst danach entscheiden sie, wie sie es gefunden haben.“